

# AFRIKA

## STAATSTREICHE

### Coup de bambou

Zwei Kompanien rückten aus — die ganze Armee des jungen Staates. Ihr Kommandant war Oberst Jean Bokassa. Ihr Einsatz dauerte zwei Stunden.

Dann war Bokassa, 40, neuer Staatsschef der Zentralafrikanischen Republik. Um 3.20 Uhr am Neujahrsmorgen verkündete er „die Stunde der Gerechtigkeit“ und dankte seinen 400 Helfern in Uniform mit doppelten Rationen.

Dem ersten Staatsstreich des neuen Jahres folgte zwei Tage später der nächste Putsch in Afrika. Auch in der Republik Ober-Volta löste ein Oberst die Zivilregierung ab.

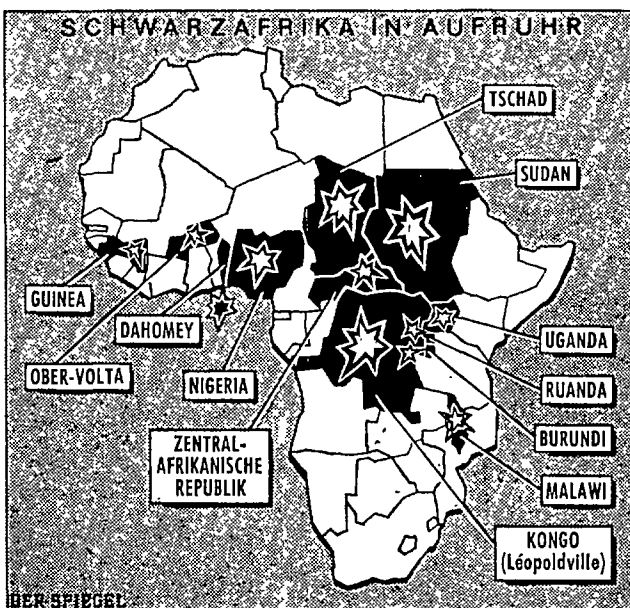
Es brodelt nicht länger ausschließlich am Kongo. Mehr als ein Drittel der rund vierzig jungen Staaten Afrikas ist in Aufruhr. Schwarze Politiker und Militärs werden nicht müde zu beteuern, daß sie ihre Staaten sehr viel besser regieren als die einstigen Kolonialherren. Zur selben Zeit aber jagen sie sich gegenseitig aus dem Amt oder schießen sich an die Spitze. Fast überall, wo Schwarze sich selbst regieren, drohen Chaos und Gewalt Recht und Gesetz zu verdrängen.

Einig sind sich die schwarzen Machthaber nur, solange sie die weißen Rassen in Rhodesien, Angola, Mozambique oder Südafrika attackieren können. Unisono drohen sie dem Rhodesien-Premier Ian Smith, dem Apartheid-Apostel Verwoerd oder den portugiesischen Kolonialherren mit Gewalt — um so von ihren eigenen Problemen abzulenken, die sie durch offene oder versteckte Staatsstreiche zu lösen suchen.

Im Kongo machte sich General Joseph Desiré Mobutu, 35, Ende November zum Alleinherrscher. Präsident Kasavubu („König Kasa“) wurde abgesetzt. Zur Zeit versucht sich Häuptling Mobutu als volkstümlicher Pater patriae. Vor Zehntausenden von Eingeborenen erschien der achte Regierungschef des erst fünf Jahre alten Staates im offenen Khaki-Hemd und rief seine Neger zur Arbeit auf: „Ärmel hoch, Schlipse runter — zum Wohle des kongolesischen Volkes!“ Übereifrige Polizisten nahmen das wörtlich und verhafteten zwei schwarze Kaufleute beim Betreten des Postamtes in der Hauptstadt Léopoldville, weil sie im korrekten Anzug, mit Krawatte und langen Ärmeln, umherliefen.

Im einst französischen Tschad ließ Staatschef Tombalbaye ein angebliches Komplott aufdecken, um eine Handhabe gegen die Moslems zu bekommen, die zwar 55 Prozent der Bevölkerung ausmachen, aber nicht an der Regierung beteiligt sind. Ergebnis: Die Moslems rebellieren aus dem Untergrund und bildeten in der sudanesischen Hauptstadt Khartum eine „Exilregierung der islamischen Republik Tschad“.

Im Sudan selbst, dem ältesten der neuen unabhängigen Staaten, toben ebenfalls blutige Kämpfe. Vier Millionen Schwarze aus der Südregion wehren sich gegen die Vorherrschaft der Moslems im Norden des Landes. Um die Jahreswende fielen 34 Rebellen, insgesamt



forderte der Aufstand bereits Tausende von Menschenleben.

In Guinea glaubte Staatschef Sékou Touré, mit der Aufdeckung einer Verschwörung von seiner verfehlten Politik ablenken zu können, die dem Land immer mehr Gegner im einst befreundeten Ausland einträgt. Touré beschuldigte den französischen Botschafter und zwei französische Minister, an dem Komplott beteiligt gewesen zu sein. Daraufhin brach Frankreich die diplomatischen Beziehungen ab und stellte die wirtschaftliche Unterstützung Guineas ein. Ergebnis: wachsende Unruhe im Land, Unzufriedenheit mit dem Staatsschef.

Im früher britischen Uganda rebelliert die separatistische Ruwenzururu-Bewegung gegen die Regierung. Mit Speeren und Schilden bewaffnet, schlagen außerdem die Krieger des Karamojong-Stammes auf die benachbarten Suks ein.



Putschist Mobutu „Ärmel hoch, Schlipse runter!“

Im Commonwealth-Staat Malawi droht offene Rebellion, nachdem eine erste Verschwörung gegen Premier Kamuzu Banda scheiterte.

In Ruanda und Burundi, die einst zu Deutsch-Ostafrika gehörten, wurde inzwischen der dritte Premier ermordet. Massenexekutionen von Watussi und Bahutus waren die Folge, die blutigen Stammesfehden dauern an (SPIEGEL 45/1965).

Selbst in Nigeria, das bisher als afrikanische Muster-Demokratie galt, wird geschossen und gemordet, seit sich der Negerführer Akintola in der Westregion massiver Wahlfälschung

schuldig machte. Mit Gangstertricks gelang es ihm, 80 Prozent der Stimmzettel mit seinem Symbol signieren zu lassen. Häuser und Dörfer wurden angezündet, 200 Schwarze ließen ihr Leben.

In Dahomey schafften die Militärs im Dezember den zweiten Putsch innerhalb von zwei Monaten, den dritten der letzten zwei Jahre.

In Ober-Volta ging das Volk auf die Straße, erbittert über Sparmaßnahmen der Zivilregierung, und forderte ein Militärregime. Am 3. Januar wurde der Wunsch erfüllt. Oberstleutnant Sangoule Lamizana zog in das Präsidentenpalais des Politikers Yameogo, der prompt erklärte, die Entwicklung sei durchaus in seinem Sinne.

In der Zentralafrikanischen Republik schließlich will Oberst Bokassa für Ruhe, Ausweisung der Chinesen und Gleichberechtigung für alle Bürger sorgen, nachdem die Administration seines Veters, des einstigen Lehrers David Dacko, 35, der Korruption freien Lauf gelassen hatte.

Allein am Lycée Caron, einer renommierten Mädchenschule der Hauptstadt Bangui, sind von 300 Mädchen zwischen zwölf und 16 Jahren etwa 50 schwanger — meistens Mätressen von Ministern, Parlamentariern und hohen Beamten.

Eine französische Lehrerin: „Wir können nichts tun, außer die Mädel vom fünften Monat an von der Leibeszucht zu befreien.“

„In viel zuviel afrikanischen Staaten“, tadelte die in Tunis erscheinende Zeitschrift „Jeune Afrique“, „ist ein Gewehr der Garant für den Aufstieg, eine Maschinengewehr eine Druckmittel und ein Panzer gleichbedeutend mit einem Regierungsprogramm. Der Reigen der Staatsstreiche setzt sich unaufhaltsam fort.“

Daß die Kämpfe ausgerechnet um die Jahreswende aufleben, hat klimatische Gründe. In den feberheißen Monaten November bis Februar grassiert in Äquatorial-Afrika der Tropenkoller, der „Coup de bambou“ — auch unter den Schwarzen.